



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

23. Jg. Nr. 1
Februar 2017

Editorial

"Religion matters"

Zu Recht hat Navid Kermani von dem Irrtum gesprochen, die Bedeutung von Religion nehme weltweit ab. Der Eindruck, dass die Religionen "verschwunden" seien, habe nur für einen schmalen Streifen zwischen Skandinavien und Nordspanien gegolten ... Es sei gut, dass dieser Irrtum nun aufgedeckt werde.

Weltweit sind es rund 80 Prozent der Menschheit, die sich einer religiösen Gemeinschaft oder spirituellen Tradition zugehörig fühlen. Die Christen sind hierbei die größte Gruppe. Wenn man heute im internationalen Gespräch von "Religion matters" spricht, dann meint man damit, dass Werte und Religion eine bleibende, unverzichtbare (und wachsende) Bedeutung für das Leben der Menschen haben. Entwicklungspolitische Organisationen weisen darauf hin, dass religiöse Einsichten und Werte den Menschen Orientierung geben und Millionen Menschen dazu inspirieren, sich sozial zu engagieren. Dass sie eine Quelle von Stärke und Resilienz sind.

Wie wahr – und wie anders als das "Niederschreiben" von Glaubensthemen oder religiösen Überzeugungen, das hier und da mitzuerleben ist. Und wie anders als die üblichen Attacken aus humanistischen Kreisen, so richtig glücklich und frei von allem Ballast sei der Mensch nur ohne Religion. Nein, die Kraft der Religion, ihre Weisheit wirkt immer noch in vielen Menschen weltweit – und auch bei uns. Lassen wir ihn nicht kleinreden, den Beitrag der Religionen, in unserem Fall des Christentums, zu dem, was für den Menschen und die Menschheit wirklich zählt.

Stefan Vesper

PS: Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat in einem faszinierenden Projekt mit dem Titel "Werte und Religion" Einblicke von Fotografen aus fünf Ländern und Kontinenten zusammengetragen: www.values-religion-photography.net

Inhalt

Jungen – Verlierer in unseren Bildungseinrichtungen?! _____ 2

Die KED-Forderungen an Schule, Lehrerausbildung und Politik

Marie-Theres Kastner

Respekt und Anerkennung statt Verrohung von Sprache und Umgang _ 4

Auf die Haltung kommt es an

Simone Fleischmann

Von Abba bis Zorn Gottes _____ 6

Internationale Gruppe jüdischer und christlicher Wissenschaftler erklärt das Judentum

Paul Petzel, Norbert Reck

Familienpolitik als Seismograph vor der Bundestagswahl _____ 8

Die Suche nach einer sachlichen, demokratischen und auch kontroversen Debatte

Birgit Mock, Hubert Wissing

Missbrauch in der Prostitution bekämpfen _____ 10

Das Gesetz ist erst der Anfang

Sylvia Pantel

"Wie im Himmel, so auf Erden" _____ 12

Großes Ökumenisches Fest anlässlich des Reformationsjubiläums in Bochum

Theodor Bolzenius

2 Chancengerechtigkeit Bildung

Jungen – Verlierer in unseren Bildungseinrichtungen?!

Die KED-Forderungen an Schule, Lehrerbildung und Politik

Die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) fordert bessere Bildungschancen für Jungen. Sie belegt, dass Jungen es im heutigen Schulsystem oft schwerer als Mädchen haben. Zugleich plädiert sie dafür, bis zum Jahr 2025 in den Lehr- und Erziehungsberufen eine "Männerquote" von 40 Prozent in allen Stufen und Einrichtungen anzustreben.

Es ist schon einige Zeit her, dass ich unseren Enkel nach seinem Schulwechsel von der Grundschule zur weiterführenden Schule fragte, ob es ihm dort besser gefiele. Er bejahte diese Frage zu meiner großen Freude, da ich ihn bislang immer als wenig begeisterten Schüler erlebt hatte. Die Begründung allerdings versetzte mich ins Grübeln: "Da werden auch mal die Mädchen geschimpft!"

Jeder von uns wird in seinem Umfeld mit Sicherheit auch immer wieder auf Jungen stoßen, die ungern in die Schule gehen, die über die ach so fleißigen Mädchen nur noch lästern. Die KED hat sich bei ihrem Bundeskongress 2016 in Berlin die Frage nach der fehlenden Motivation der Jungen gestellt. Als erstes haben wir sehr schnell erkannt, dass das Schulverhalten der Jungen vielen Eltern Kopfschmerzen bereitet und in den Familien zu Problemen führt. Und als nächstes haben wir zur Kenntnis nehmen können oder müssen, dass in Wissenschaft und Jugendsozialarbeit durchaus schon einige Zeit über dieses Thema geforscht und nachgedacht wird.

Belegende Statistiken

In den letzten Jahren beobachten wir zunehmend eine Verschlechterung der Schulerfolge von jungen Männern im Verhältnis zu ihren weiblichen Altersgenossen. Die Zahlen der zahlreichen Untersuchungen schwanken im Detail, die Tendenz aber ist dieselbe:

- Über 50 Prozent der Mädchen eines Jahrgangs machen heute Abitur, nur wenig mehr als 40 Prozent der Jungen.
- Die Hauptschulen werden zu fast 60 Prozent von

Jungen, und nur zu etwas mehr als 40 Prozent von Mädchen besucht.

- Auf den Förderschulen kommen auf ein Mädchen fast zwei Jungen.
- In der 9. Klasse liegen die Mädchen beim Lesen durchschnittlich ein ganzes Schuljahr vor den Jungen.
- Lediglich in den MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, liegen Jungen im Durchschnitt besser als die Mädchen.

Fazit:

Jungen haben es inzwischen auf ihrem Bildungsweg oft schwerer als Mädchen. Es ist daher eine Frage der Chancengerechtigkeit, das zu ändern! Eltern wissen: Jedes Kind ist anders. Jedes entwickelt sich unterschiedlich und hat spezifische Bedürfnisse. Bildungserfolg hängt natürlich nicht nur vom Geschlecht ab. Aber Mädchen und Jungen unterscheiden sich typischerweise in der Entwicklung voneinander. Dieser Erfahrung darf sich die Pädagogik nicht verschließen. Sie muss auf Unterschiede von Mädchen und Jungen eingehen. Bildungsgerechtigkeit fordert zunächst einmal Realismus und Praxisnähe.

Aus diesen Erkenntnissen heraus ergeben sich für die KED Forderungen an unsere Schulen, an die Lehrerbildung und die Politik:

Mehr Männer in unsere Schulen und Kindertageseinrichtungen

Ganz mutig hat die KED eine Männerquote von 40 Prozent bis zum Jahr 2025 in den Lehr- und Erziehungsberufen in allen Stufen und Einrichtungen gefordert. Das ist leicht zu begründen, da die Jungen beim Heranwachsen auch erwachsene Bezugspersonen des eigenen Geschlechts benötigen. Sie reagieren auf Männer häufig anders als auf Frauen.

Diese männlichen Bezugspersonen fehlen weitgehend, nehmen wir doch in den letzten Jahren zunehmend eine Feminisierung des Bildungswesens wahr. Über alle Schulformen gerechnet sind über 70 Prozent aller Menschen in Lehr- und Erziehungsberufen Frauen. In den Kindertageseinrichtungen, Vorklassen sowie in den Grundschulen findet man nur noch vereinzelt Männer als Erzieher oder Lehrer. "Unser letzter Lehrer wurde vor zehn Jahren pensioniert!", ist ein häufig gehörter Satz gerade an Grundschulen. Die Tendenz setzt sich mittlerweile auch an den weiterführenden Schulen durch.

Chancengerechtigkeit Bildung

Männer sind dort inzwischen deutlich in der Minderheit. Auch in unseren Familienstrukturen hat sich vieles geändert. Rund 90 Prozent aller Alleinerziehenden sind Frauen. Bilanz: Immer mehr Jungen finden keine männlichen Bezugspersonen mehr in Familie, Kindertageseinrichtungen und Schule.

Benachteiligung von Jungen thematisieren

Um den Jungen in unseren Bildungssystemen gerechter zu werden, wäre es sicherlich schon mehr als hilfreich, wenn das Thema "Jungen und Mädchen" zum Gegenstand der Beratung in den Schulkonferenzen, Fachkonferenzen und Elterngremien würde. Dabei könnten auch in der koedukativ ausgerichteten Regelschule verstärkt Möglichkeiten geprüft werden, gegebenenfalls mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten oder einzelne Fächer oder Lehreinheiten nach Geschlechtern getrennt zu unterrichten. Erfahrungen zeigen, dass beide Geschlechter hiervon profitieren: Mädchen eher in den MINT-Fächern, Jungen in den sprachlich-musischen Fächern. Als Beispiel mag hier der Sportunterricht dienen: Jungen lieben Ballspiele, Mädchen eher Gymnastik und Geräte. Ähnliches gilt im Fach Deutsch. Der Zugang zur Literatur ist für Jungen anders als für Mädchen. Sachtexte z. B. ermöglichen Jungen leichtere Textzugänge.

Kein Abbau von Schulen für Jungen

Die KED befürwortet grundsätzlich die Koedukation. Koedukation kann jedoch kein Dogma sein. Daher stünde es dem breitgefächerten Bildungsangebot in Deutschland gut an, wenn es genauso viele Schulen für Jungen gäbe wie für Mädchen. Hier könnten dann auch Erfahrungen gesammelt werden, die zur Förderung der Jungen in den koedukativ ausgerichteten Regelschulen nutzbar gemacht werden können.

Auf die Lehrer kommt es an

Der Lehrerberuf ist eigentlich ein schöner Beruf. Der Umgang mit Kindern, ihnen Werte und Wissen zu vermitteln, ihnen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, das bedeutete für Generationen von Lehrer/innen Erfüllung. Das hat sich in den letzten Jahren geändert. Enge Vorschriften, die Reglementierung der Unterrichtsinhalte und -methoden, Misstrauen gegen pädagogische Fähigkeiten und Konzepte, gegen die Notengebung und die ständigen Strukturveränderungen in unseren Schulen sind wohl die ausschlaggebenden Gründe

gerade für junge Männer, nicht in der Schule ihr Berufsziel zu suchen. Eine gute Besoldung und eine sichere Arbeitsstelle durch Verbeamtung sind wohl nicht ausreichend anziehend. Der Schrödersche Satz von den Lehrern als "faule Säcke" wirkt immer noch. Das heißt nicht, dass Lehrer unantastbare Persönlichkeiten sind; auch sie können Fehler machen. Aber es ist wichtig, respektvoll miteinander umzugehen. Lehrer dürfen nicht ständig das Gefühl haben, mit dem Rücken an der Wand zu stehen. Wir alle kennen viele Lehrer, die eine sehr große Begeisterung an der Arbeit haben, die sich für ihre Kinder einsetzen. Das wird viel zu wenig gewürdigt. Diejenigen, die in unserer Gesellschaft ihren Teil dazu beitragen, dass aus unseren Kindern selbstbewusste, selbständige und verantwortungsbejahende Menschen werden, verdienen Vertrauen und eine bessere gesellschaftliche Anerkennung. Diese Forderungen richten sich sowohl an uns Eltern als auch an die gesamte Gesellschaft und die Politik, die hier sicherlich durch gezielte Maßnahmen ihren Teil dazu beitragen kann.

Chancen für Jungen – durch Ausbildung und Weiterbildung

An unseren Hochschulen wäre die Einrichtung und Vertiefung entsprechender Forschungsschwerpunkte, die sich dem Thema der Chancengerechtigkeit von Jungen stellen, sicherlich ebenso hilfreich wie die Entwicklung und wissenschaftliche Auswertung praktischer Lösungsansätze in unseren Schulen. Unsere Lehrer/innen durch Angebote der Weiterbildung auf den Weg mitzunehmen, ist ein Wunsch, der nicht unerfüllt bleiben sollte.

Kommunikation zwischen Schulen und Eltern

Kinder müssen das Gefühl haben, dass sich alle, die sich um ihre Erziehung und Bildung kümmern, in den Zielen einig sind, dass sie sich den Problemen stellen und gemeinsam über Lösungen und Förderansätze nachdenken und diskutieren. Die Kommunikation zwischen Elternhaus und Schule gerade in Bezug auf die schulische Förderung der Jungen ist von großer Wichtigkeit. Pädagogisches Fachwissen und tägliche Erfahrungen mit den Kindern auf unterschiedlichen Ebenen bedürfen einer Vernetzung zum Wohl der Jungen.

| Marie-Theres Kastner

Bundesvorsitzende Katholische Elternschaft
Deutschlands e. v. KED

Gesellschaft

Sprache

Respekt und Anerkennung statt Verrohung von Sprache und Umgang

Auf die Haltung kommt es an

Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) hat ein Manifest gegen die Verrohung von Sprache und Umgangsformen verfasst. Er macht damit auf eine gesellschaftliche Entwicklung aufmerksam, die seit Jahren zu beobachten ist und sich unter dem Gesichtspunkt der Diskussion um Integration erheblich beschleunigt hat. Der Verrohung der Sprache Einhalt zu bieten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Aufgabe ernst zu nehmen, heißt, den eigenen Sprachgebrauch genauer unter die Lupe zu nehmen. Hier ist es auch wichtig, dass Politik- und Medienvertreter genauer hinschauen, wie sie welche Dinge formulieren und beschreiben.

Wir Lehrerinnen und Lehrer beobachten mit Sorge eine zunehmende Aggressivität in der Sprache und in den Umgangsformen. Nicht nur in der Schule, sondern in vielen Bereichen des Lebens – in der Politik, den Medien, in den sozialen Netzwerken. Wir beobachten, wie extreme Gruppierungen und Personen den Boden bereiten für Zwi-tracht und Gewalt. Das gefährdet unsere Demokratie. Dem müssen wir Lehrerinnen und Lehrer entgegenwir-ken – und wir können das auch. Denn in der Schule sitzt die Gesellschaft von morgen. Wir Erwachsene sind ihre Vorbilder. Unser Verhalten färbt auf Kinder und Jugendliche ab. Zugleich dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wenn wir destruktive Umgangsformen in der Schule erleben. Es gilt, unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rück-sichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen.

Für die Würde des Menschen

In Artikel 1 des Deutschen Grundgesetzes heißt es: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Vor allem für uns als Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für alle anderen Bürger sollte das bedeuten, sich bewusst

für die Würde des Menschen einzusetzen und auf die ge-nannte Entwicklung hinzuweisen bzw. ihr entgegenzuwir-ken. Haltung zu zeigen beginnt deshalb in der Familie und am Arbeitsplatz, muss jedoch auch ins öffentliche Leben weitergetragen werden, um uns und unsere Kinder vor despektierlichen und gefährlichen Haltungen zu schützen.

Auf Worte können Taten folgen

Hier seien nun vor allem extreme Gruppierungen und Personen erwähnt, insbesondere Repräsentanten der Rechtspopulisten und Rechtsextremen, die unsere Gesell-schaft spalten und emotional aufhetzen. Dort ist die Ver-rohung der Sprache überdurchschnittlich stark merklich, wenn bewusst Tabubegriffe für Gruppen verwendet wer-den und auf Zusammenkünften Beleidigungen geschrien werden. Diese aggressive Sprache spiegelt sich auch in aggressiven Taten wieder. So waren im vergangenen Jahr 83 Prozent aller politisch motivierten Straftaten in Bayern rechtsextrem motivierte Delikte. Auch dieser Bewegung gegenüber muss deshalb klar Haltung bezogen werden.

Die Gefahr der Verrohung der Sprache besteht nicht nur darin, dass unsere Kinder und Jugendlichen diese über-nehmen könnten, sondern auch darin, dass aggressive Sprache aggressive Handlungen folgen lässt. Denn Wort und Tat stehen in engem Zusammenhang. Wenn unse-re Gesellschaft aggressive Sprache billigt und ihre Au-gen dieser gegenüber verschließt, so legt sie Grundlage für aggressive Handlungen, die durch Sprache provoziert werden. Anstatt sich später zu fragen, wie die Gewalt re-duziert werden kann, muss schon präventiv gegen Gewalt vorgegangen werden, indem wir uns bewusst gegen die Verrohung der Sprache einsetzen.

Bewusster Umgang mit Sprache ist eine Aufgabe für alle

In diesem Vorhaben kann auch die Politik ihren Teil leis-ten. Mit der Ankunft der Flüchtlinge begann sie von "Wel-len" und "Fluten" von Flüchtlingen zu sprechen. Beide Begriffe sind mit Naturkatastrophen verbunden und ru-fen schon deshalb ein Bild der Bedrohung hervor. Solche Worte ignorieren zudem, dass hinter jedem Flüchtling ein

Gesellschaft

Sprache

Mensch mit einem Einzelschicksal steckt, der ebensolche Empfindungen hat wie wir. Auch in diesen Bereichen sollte Sprache deshalb bewusst eingesetzt und frei von aggressiven Konnotationen gehalten werden. Denn was nicht gesagt wird, wird von anderen auch nicht zwangsläufig gedacht. Und so kann ein aggressiver Teufelskreis gebrochen werden.

Mit positiver Sprache und positiver Einstellung unsererseits können unsere Kinder Respekt, Wertschätzung und Interesse für die anderen Menschen erleben und leben – unabhängig davon, welcher Religion sie angehören, welche Hautfarbe sie haben, welche Muttersprache sie sprechen und welche Meinung sie vertreten. In solch einer weltoffenen Gesellschaft sind Interessenskonflikte natürlich legitim, wichtig ist allerdings die Art wie damit umgegangen wird.

Ein angeregter und fairer Diskurs integriert Fakten und Argumente und erfordert Geduld und Ruhe für eine sinnvolle Diskussion. Die aktuelle gesellschaftliche Debatte ist momentan allerdings von Vorurteilen, Verallgemeinerungen, abwertenden Emotionen und Zuspitzungen belastet, die Verschwörungstheorien, einfache Erklärungsmuster und Schuld κατηγοrien als Argumente nutzt. Auch von dieser Gesprächskultur dürfen wir uns nicht anstecken lassen, um Kindern und Jugendlichen den Umgang mit divergierenden Meinungen beizubringen. Wir alle dienen als Vorbild und können unsere Äußerungen und unsere Sprache frei wählen. Deshalb sollten wir die richtige Wahl treffen.

Alle Menschen verdienen Würde und Anerkennung

In der Debatte der vergangenen Monate sind die Menschen als Individuen und Einzelschicksale zu oft in den Hintergrund getreten. Der Geflüchtete, der Andersdenkende, der Andersgläubige wird immer wieder als Mensch ausgeblendet und zum Objekt diffuser Ängste, verbaler Aggressionen und tätlicher Gewalt. Wir als Lehrerinnen und Lehrer erleben täglich, dass jedes Flüchtlingskind und deren Väter und Mütter Menschen sind, die tiefe Gefühle bewegen, die eine dramatische Geschichte verarbeiten müssen, die häufig traumatisiert sind, die in tiefer Not

stecken, die verzweifelt sind. Wir begegnen und arbeiten mit Menschen und nicht mit einer "Welle" oder einer "Flut". Diese Menschen haben, wie alle, eine Würde. Diese Menschen müssen, wie alle, mit Respekt behandelt werden. Weil das unser tägliches Brot ist, haben wir ein Recht und die Verpflichtung, immer wieder auf die Menschenwürde aller Kinder und aller Menschen hinzuweisen.

Auch die älteren Kinder und Jugendlichen beobachten selbstverständlich die öffentliche Diskussion. Deshalb müssen wir Erwachsene Vorbild sein in unserer Art zu argumentieren und zu handeln. Das trifft für Politiker ebenso zu wie für Journalisten, für Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie für die Eltern. Aus unserer Sicht ist es dringend notwendig, auch in der Schule und im schulischen Umfeld die Frage der Integration der Flüchtlinge und den Umgang mit Vielfalt generell sachlich und wertschätzend zu behandeln und gegen Hass, Aggressionen und Angst einzutreten. Als Präsidentin des BLLV bin ich sehr stolz und beeindruckt vom unglaublichen Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen für Flüchtlinge, Migranten, aber auch für sozial benachteiligte deutsche Kinder in und außerhalb der Schule. Ich bin überzeugt, dass diese Gesellschaft ein menschliches Antlitz haben muss und haben kann. Respektvoller Umgang und empathisches Handeln sind Grundlage des sozialen Friedens. Wir Lehrerinnen und Lehrer leisten hierfür bereits einen großen Beitrag: Wir werden dies in Zukunft noch bewusster tun.

Als besorgte Lehrerinnen und Lehrer appellieren wir deshalb an alle, unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen und so unsere Demokratie zu bewahren. Lassen wir uns nicht einschüchtern und setzen wir uns selbstbewusst und kompromisslos ein.

Für unsere Demokratie: Haltung zählt.

| **Simone Fleischmann** |

Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes

6 Juden und Christen Dialog

Von Abba bis Zorn Gottes

Internationale Gruppe jüdischer und christlicher Wissenschaftler erklärt das Judentum

Im Auftrag des Gesprächskreises "Juden und Christen" beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) wurde ein Buch verfasst, von dem bei guter Verbreitung (Auflage 2500) aufklärerische Wirkung in der Kirche, bei in der Pastoral Tätigen, Katechetinnen, ReligionslehrerInnen und allen interessierten Katholiken zu erwarten ist. Von der Deutschen Bischofskonferenz, der Waldenfels-Born-Stiftung, der Buber-Rosenzweig-Stiftung und dem ZdK unterstützt, wurden von 34 AutorInnen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich 58 Schlagwörter bearbeitet, die nach wie vor – unterschwellig – Judenfeindliches tradieren. "Von Abba bis Zorn Gottes, Irrtümer aufklären – das Judentum verstehen" erscheint im Februar dieses Jahres.

Seit das Zweite Vatikanische Konzil 1965 nach dem Schrecken der Schoa die geistliche Verbundenheit "mit dem Stamme Abrahams" (Nostra aetate 4) erkannt und bekräftigt hat, hat sich im Verhältnis zwischen Christen und Juden vieles verändert. So kam es in vielen Teilen der Welt zu fruchtbaren Gesprächen und wissenschaftlichen Anstrengungen im Geist des Dialogs. Über Jahrhunderte falsch gelesene Bibelstellen erschienen in neuem Licht; Verzeichnungen der "Anderen" konnten geradegerückt werden; und die Einsicht, wie die Geschichte aus Macht, Gewalt und Verfolgung nicht nur das Miteinander zwischen Juden und Christen vergiftete, sondern auch zu irigen theologischen Vorstellungen führte, eröffnete neue Wege der Verständigung. In kurzer Zeit füllten die neu gewonnenen Erkenntnisse ganze Fachbibliotheken.

Jüdisch-christliche Forschungserkenntnisse – knapp und verständlich

Allerdings blieb die Freude am gemeinsamen Entdecken und Lernen meist auf die direkt Beteiligten an solchen Dialogen begrenzt. Nur wenig von den Erträgen ist bislang an der christlichen Basis, in den Gemeinden angekommen. Sei es, weil Pfarrer, PastoralassistentInnen und ReligionslehrerInnen einfach nicht die Zeit haben, die umfangreiche Forschungsliteratur zum christlich-jüdischen

Verhältnis zu studieren; sei es, weil interessierte Laien oft genug vor komplexen wissenschaftlichen Abhandlungen kapitulieren müssen. Und so bestehen zahlreiche Irrtümer über das Judentum unter Christen weiter fort. Nicht weil diese an den neuen Erkenntnissen kein Interesse hätten, sondern weil sie einfach keinen Zugang zu den nötigen Informationen haben. "Das wollen wir ändern!", sagten wir vor ungefähr drei Jahren im Gesprächskreis "Juden und Christen" beim ZdK.

Wir wollen einige der wichtigsten Erkenntnisse aus jüdisch-christlichen Forschungen auch für interessierte Nichtfachleute und vielbeschäftigte Gemeindemitarbeiter in knapper und verständlicher Form zugänglich machen. Für BibelleserInnen und Bibelkreise, die Hintergründe kennenlernen wollen, für KatechetInnen Katecheten, Pfarrer und LehrerInnen, die Predigten oder Unterricht vorzubereiten haben. So entstand dieses Buch: als eine Sammlung von kurz gefassten Stichwörtern aus Gebieten, in denen Judentum und Christentum einander berühren. Jedes Stichwort erläutert die Irrtümer, die sich oft hinter einem Begriff verbergen, analysiert, was wirklich dahinter steckt, und entfaltet Perspektiven für eine neue, respektvollere Lektüre. Wir hoffen, dass dieses Buch ein Begleiter für das Bibelstudium sein kann und dass es für alle, die im aufreibenden Alltag der Verkündigungspraxis und des Unterrichts stehen, einen festen Platz auf dem Schreibtisch bekommt. Damit sich etwas vom Befreienden der jüdisch-christlichen Verständigung weiter herumspricht.

Entstehungsprozess im Dialog

Die Texte haben alle einen längeren Prozess der Entstehung hinter sich. Anerkannte Fachleute – aus dem Gesprächskreis "Juden und Christen", aber auch aus anderen Zusammenhängen in Deutschland, Österreich und der Schweiz – verfassten zunächst erste Versionen zu den verschiedenen Stichwörtern. Von den Herausgebern auf gute Verständlichkeit und Kürze überprüft und gegebenenfalls überarbeitet, wurden sie dann mehreren jüdischen und christlichen Mitgliedern des Gesprächskreises zur Durchsicht und Kommentierung vorgelegt. Die Kommentatoren trugen in die Texte ein, was ihnen fehlte, und merkten an, was aus ihrer Sicht anders gesagt oder anders gesehen werden müsste. Die Herausgeber

Juden und Christen

Dialog

versuchten dann, diese Anmerkungen in die Stichwörter aufzunehmen und so neue lesbare Versionen zu erstellen. Manchmal mussten auch zusätzliche Einschätzungen eingeholt werden, um bei Unklarheiten voranzukommen. Den ursprünglichen Plan, den Namen des Autors am Ende des Stichworts anzugeben, mussten wir fallen lassen: Kein Stichwort hat nur einen Autor, überall haben fünf oder mehr Personen mitgewirkt.

Alle Texte veränderten sich in diesem Prozess – ausnahmslos. Die unterschiedlichen kritischen Blicke von Christen und Juden hinterließen Spuren, die die Texte reichhaltiger und genauer machten. Ein Konsens entstand dabei aber nicht. Das liegt in der Natur der Sache: Die Auseinandersetzung mit der Bibel und den Traditionen, die daraus entstanden sind, ist nicht einfach auf dem Weg der Diskussion oder des Beschlusses zu einem Abschluss zu bringen. Immer wieder tauchen neue Aspekte auf; immer wieder werfen Entwicklungen der Gegenwart ein anderes Licht auf jahrtausendealte Schriften. Und niemand – nicht im Gesprächskreis "Juden und Christen" noch anderswo – hätte die Autorität, den definitiven Sinn eines biblischen Textes festzulegen. Die Auseinandersetzung mit den heiligen Schriften ist ein offener Prozess; er wird niemals abschließbar sein. In diesem Buch sind also keine autoritativen Stellungnahmen eines offiziellen jüdisch-christlichen Gremiums zu finden – es handelt sich vielmehr um Zwischenergebnisse aus Dialogen von Juden und Christen. Nach dem Erscheinen dieses Buches geht die Diskussion weiter. Neugier auf andere Auffassungen ist allemal vielversprechender als der Drang zur Einmütigkeit.

Aktuelle Situation

Wir stehen bis heute im Wirkungsfeld der etwa 17 Jahrhunderte währenden christlichen Judenfeindschaft, und oft genug wiederholen wir Christen selbst ihre Versatzstücke, meist ohne es zu ahnen und zu wollen! Wenn das Buch hier einigen Lesern Aha-Effekte beschert und zu genauerem Hinsehen anregt, sind wir schon glücklich. Nicht alle Leser haben genügend Zeit und Energie, allen Differenzierungen der wissenschaftlichen Diskussion nachzugehen; sie wollen aber trotzdem etwas lernen und mehr verstehen. Ihnen fühlten wir uns in besonderem Maße verpflichtet. Wir hoffen darum, dass die Lektüre dieses

Buches nicht nur eine Zumutung neuer und ungewohnter Sichtweisen ist, sondern auch das Vergnügen des Lernens und der Horizonterweiterung bereitet.

Für viele der an den christlich-jüdischen Gesprächen Beteiligten war nach dem Entsetzen über die Schoa, dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden, die Motivation ausschlaggebend, dass mit aller Kraft an einer neuen Ära des Respekts und der Verständigung zwischen Christen und Juden gearbeitet werden müsse. Dabei bleibt es auch in Zukunft. Dennoch gilt es einem Missverständnis vorzubeugen: Nicht wegen des nationalsozialistischen Massenmordprogramms sollen oder dürfen heute bestimmte Dinge über das Judentum nicht mehr gesagt werden – sondern einfach, weil sie falsch sind. Gottesmordvorwürfe und Rachegottphantasien sind nicht erst heute Unsinn, sondern waren es immer. Die Schoa verpflichtet uns alle zur Achtung vor den Ermordeten und zur Solidarität mit ihren Angehörigen und Nachkommen. Aber Redlichkeit und intellektuelle Aufrichtigkeit verpflichten Christen – nicht erst heute – zu einer ehrlichen Lektüre ihrer heiligen Schriften und zum Widerspruch gegen Verzerrungen und Verleumdungen des Judentums.

Veränderungen sind möglich! Vor Jahrhunderten machte sich die christliche Theologie noch ernsthaft Gedanken darüber, ob Frauen eine Seele hätten oder ob die Ureinwohner der europäischen Kolonien wirklich Menschen seien. Solche Erwägungen erscheinen uns heute völlig absurd. Unser Traum geht dahin, dass die Verachtung, die Ressentiments und der Hass gegenüber Juden uns in nicht allzu ferner Zukunft ebenso fremd vorkommen mögen. Wir wünschen anregende Lesestunden.

| Dr. Paul Petzel

Gymnasiallehrer für Religion und Kunst

| Dr. Norbert Reck

freiberuflicher Publizist und Übersetzer

Mitglieder im Gesprächskreis "Juden und Christen" beim ZdK und Herausgeber des Buches

Bundestagswahl

Familienpolitik

Familienpolitik als Seismograph vor der Bundestagswahl

Die Suche nach einer sachlichen, demokratischen und auch kontroversen Debatte

Die Bundestagswahl am 24. September 2017 fordert uns alle heraus. Als Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind wir aufgerufen, unsere Stimme für die Demokratie abzugeben. Für die Auswahl der wählbaren politischen "Parteifarbe" mögen dabei Anforderungen an eine zeitgemäße Familienpolitik ein Wegweiser sein.

Die Familienpolitik soll nicht nur deshalb im Fokus stehen, weil sie wichtige Lebensbereiche aller Menschen betrifft. Sie steht auch im Fokus, weil sich an den Fragen, wie wir mit schutz- und pflegebedürftigen Menschen umgehen, wie wir Erziehung verstehen und wie wir treue und solidarische Beziehungen gestalten, die Kultur einer Gesellschaft, eines Landes bemisst.

Familienpolitik ist daher immer mehr als nur ein Paket von politischen Maßnahmen. Familienpolitik ist in einem guten Sinne Ideologie.

Wenn der Familienpolitik Weltanschauungen und Werte zugrunde liegen, welche Maßstäbe legen wir in der demokratisch gewählten Vertretung der katholischen Frauen und Männer in Deutschland, im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), an sie an? Und welche aktuellen politischen Baustellen beschäftigen uns, die noch vor der Bundestagswahl zum Abschluss geführt oder in der neuen Legislaturperiode bearbeitet werden sollten?

"Atmende Lebensläufe" anerkennen

Karin Jurczyk, Soziologin am Deutschen Jugendinstitut (DJI), hat den Begriff der "atmenden Lebensläufe" geprägt, der anschaulich zum Ausdruck bringt, was Familienleben heute heißt: Man ist zwar immer Kind. Und auch das Elternsein hört nie auf. Aber mit Blick auf Zeitbedarf, finanzielle Ressourcen und benötigte Infrastruktur ist es sinnvoll, nach Familienphasen zu differenzieren. Politisch sind die Verant-

wortlichen herausgefordert, einen Rahmen anzubieten, der Familien freie Entscheidungen ermöglicht und ihre Entscheidungsansprüche sichert, und gleichzeitig ausreichend dynamisch ist, um der Vielfalt der Familienverläufe Rechnung zu tragen. Ein solcher Rahmen würde z. B. nach umfangreichen Sorgephasen wieder Erwerbsphasen in Vollzeit zulassen und umgekehrt. Das Modell eines Sorgezeitbudgets, das im Lebensverlauf von den Erwerbstätigen selbst eingeteilt werden kann, ist ein Ansatz, der politische Aufmerksamkeit verdient.

Aktuelle politische Baustelle

Im Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung ist ein Gesetzesvorhaben genannt, das noch nicht umgesetzt ist: die Einführung eines Anspruchs auf befristete Teilzeitarbeit. Ein solcher Anspruch kann Müttern und Vätern die Entscheidung erleichtern, sich für eine kürzere oder längere Phase mehr Zeit für die Familie zu nehmen. Insbesondere Frauen müssten nicht mehr befürchten, dauerhaft auf eine Teilzeitstelle festgelegt zu sein. Es wäre familienpolitisch von hoher Bedeutung, wenn die Umsetzung dieses Vorhabens noch in der laufenden Wahlperiode gelingt.

Lebensleistungen anerkennen

Lebensleistungen im Bereich der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen müssen anerkannt werden und dürfen nicht zu Nachteilen im Rentenbezug führen. Die Anerkennung von Kindererziehung in der Rente ist zwar immer noch unzureichend, aber das Bewusstsein für die Notwendigkeit schon deutlich stärker ausgeprägt als bei der Anerkennung von Pflegeaufgaben.

Aktuelle politische Baustelle

Mit der unlängst eingeführten Flexi-Rente können diejenigen, die nach Renteneintritt weiter erwerbstätig sind, zusätzliche Rentenanwartschaften erwerben. Das ist gut. Leider wurde verpasst, diese Regelung analog auf die Pflege von Angehörigen anzuwenden. Katholische Verbände hatten im Gesetzgebungsverfahren intensiv dafür geworben. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Fortführung von Erwerbsarbeit über den Renteneintritt hinaus zu Gunsten der Versicherten berücksichtigt werden sollte, aber nicht die Fortführung einer häuslichen Pflegetätigkeit. Vor dem Renteneintritt werden durch die häusliche Pflege nach geltendem Recht bereits Rentenanwartschaften erworben, die für

Bundestagswahl

Familienpolitik

die Versichertengemeinschaft nach dem Renteneintritt nicht weniger wertvoll und anerkennungswürdig sein sollten. Hier zu einer leistungsgerechten Regelung zu kommen, geben wir als ZdK der kommenden Regierung schon jetzt mit auf den Weg. Mit dem Ziel einer familiengerechten Rentenversicherung setzt sich das ZdK darüber hinaus für die Entlastung von Eltern bei den Sozialversicherungsbeiträgen und für die Anerkennung von drei Kindererziehungsjahren für jedes Kind, unabhängig vom Geburtsjahrgang, ein.

Vereinbarkeit mit der Erwerbsarbeit zulassen

In vielen Bündnissen zwischen Unternehmen, Arbeitnehmervertretungen und Politik wird seit Jahren an einer familienfreundlichen Arbeitskultur gearbeitet. Dennoch bleibt die Vereinbarkeit von Sorgeaufgaben und Erwerbsarbeit eine der drängenden Aufgaben der Familienpolitik. Zeit wird zur wichtigen Währung für Arbeitnehmer. Zeit für kleine Kinder ist zumeist im Blick. Es braucht aber auch feste Zeitfenster für große Kinder. Und es braucht Zeit für Phasen der Fortbildung, der Selbstsorge, des Ehrenamtes und der Pflege.

Aktuelle politische Baustelle

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig will eine so genannte Familienarbeitszeit einführen und mit 300 € Familiengeld monatlich flankieren. Das Konzept sieht eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit zwischen beiden Eltern vor. In den katholischen Verbänden und Organisationen, die sich mit hoher Fachlichkeit an der Entwicklung familienpolitischer Konzepte beteiligen, wurde diese Ankündigung mit grundsätzlicher Zustimmung aufgenommen. Die Erfahrung mit dem Instrument von Elterngeld und Partnermonaten hat gezeigt, dass mit Anreizstrukturen effektiv Verhaltensänderungen erreicht werden und Ansprüche gegenüber dem Arbeitgeber besser geltend gemacht werden können. Trotzdem greift der neue Vorschlag aus unserer Sicht zu kurz. Er ist zeitlich zu eng, da die Regelung auf die Eltern von Kindern unter acht Jahren beschränkt sein soll. Er bevorzugt ein vollzeitnahes Doppelverdiener-Modell und kommt Eltern zugute, die es schaffen (wollen), die Arbeitszeit beider Partner im Korridor zwischen 28 und 36 Stunden pro Woche anzusiedeln. Das ist als Zeitkorridor zu unflexibel, und alle anderen Modelle der Arbeitsaufteilung, für die es ebenso gute Gründe geben kann, würden implizit abgewertet.

Eine nachhaltige Familienpolitik macht Familien mit Kindern Mut.

2015 wurden in Deutschland 738.000 Kinder geboren. Nach langen Jahren der sinkenden Geburtenrate setzt sich damit der 2012 begonnene Aufwärtstrend weiter fort. Dazu tragen sicher viele der Entlastungsmaßnahmen für Familien bei. Wichtig bleibt aber für uns als Gesellschaft eine Willkommenskultur für Kinder. Wir sollten jungen Menschen heute mehr denn je Mut machen, sich für Kinder zu entscheiden. Gerade in einer Zeit, in der ein Leitbild "perfekter Elternschaft" eine ganze Generation junger Eltern beeinflusst und auch unter Druck setzt.

Die allermeisten Menschen in unserem Land leben in Familienbezügen: als Eltern mit kleinen Kindern, als erwachsene Kinder, die ihren (alten) Eltern zur Seite stehen, als Eltern, die ihren längst volljährigen Kindern den Rücken stärken, als so genannte Singles, die vielfältige familiäre Aufgaben übernehmen – gegenüber den eigenen Eltern, als Tante oder Onkel oder im Geschwisterkreis. Es gibt Paare, die, nachdem die eigenen Kinder aus dem Haus waren, einen jungen Flüchtling in die Familie aufgenommen haben oder großelterliche Aufgaben übernehmen.

Es bleibt in der Familienpolitik weiterhin viel zu tun, um Familien einen guten, geschlechter- und generationengerechten Rahmen für ihre Tag für Tag gelebte Verantwortungsgemeinschaft zu geben. Eine starre Festlegung auf Geschlechterrollen, wie sie die AfD in ihrem Grundsatzprogramm propagiert und die Männern und Frauen eigene Entscheidungsfreiheiten nimmt, lehnen wir ausdrücklich ab.

Eine Familienpolitik, die die Mitglieder des solidarischen und identitätsstiftenden Netzwerkes Familie als Kraftquelle und als Motor für die Gesellschaft erkennt, richtet sich an den Bedürfnissen der Familien aus. Sie hält die damit verbundenen Spannungen aus und sucht die sachliche, demokratische und auch kontroverse Debatte.

| **Birgit Mock**
Familienpolitische Sprecherin des ZdK

| **Dr. Hubert Wissing**
Geschäftsführer des ZdK-Sachbereichs
Familienpolitische Grundfragen

Prostitution Schutzgesetz

Missbrauch in der Prostitution bekämpfen

Das Gesetz ist erst der Anfang

Prostitution ist kein Gewerbe wie jedes andere. Mit der Prostitution verknüpft sind eine Vielzahl von Kriminalitätsfeldern und Gefahren für die Prostituierten. Auch bieten die ethischen und moralischen Dimensionen der Prostitution reichlich Anlass zur Diskussion. Als katholische Abgeordnete des Deutschen Bundestags will ich an dieser Stelle aber gerade nicht über Ethik und Moral schreiben. Ich weiß, dass viele von uns Prostitution gerne total verbieten würden und hoffen, dann wären auch die Probleme gelöst. So einfach ist es aber nicht.

Prostitution in Deutschland ist eine Realität mit Tätern und Opfern. Ziel unserer politischen Arbeit in dieser Wahlperiode war, die in der Prostitution Tätigen zu schützen. Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD dazu vereinbart, das Prostitutionsgesetz im Hinblick auf die Regulierung der Prostitution umfassend zu überarbeiten und ordnungsbehördliche Kontrollmöglichkeiten gesetzlich zu verbessern.

Gegen den breiten politischen Widerstand der Bordellbetreiberlobby haben wir nach zähem Ringen im vergangenen Sommer das Prostituiertenschutzgesetz beschlossen.

Bordell Europas

Im Jahr 2002 wurde die Sittenwidrigkeit der Prostitution in Deutschland abgeschafft. Seitdem wächst das Rotlichtgewerbe in unserem Land, manche Kommentatoren sprechen gar vom Bordell Europas. Auch wenn sich viele Unionsabgeordnete ein generelles Verbot der Prostitution gewünscht hätten; Koalition bedeutet Kompromiss. Die SPD, die damals die Sittenwidrigkeit abgeschafft hat, hätte am liebsten alles beim Alten belassen.

Am 1. Juli 2017 tritt nun das Prostituiertenschutzgesetz in Kraft. Die Geschichte des Gesetzes ist wechselvoll und sie ist mit dem Inkrafttreten noch nicht beendet. Wir gehen davon aus, dass die Umsetzung des Gesetzes durch die

Länder und Behörden vor Ort maßgeblich für den Erfolg unserer Bemühungen sein wird.

Dabei hat das Prostitutionsgewerbe in Deutschland Entwicklungen angenommen, die kein Politiker gutheißen kann. Prostitution findet hauptsächlich im Schatten statt. Ein paar wenige saubere Vorzeigebordelle dürfen darüber nicht hinwegtäuschen.

Hochgradig kriminelles Umfeld

Die Prostituierten, es sind mehrheitlich Frauen aus Osteuropa, arbeiten ohne Kranken- und Sozialversicherung und werden halblegal ausgebeutet. Scheinselbstständigkeit und Abhängigkeit von Freiern und Bordellbetreibern, dazu ein hochgradig kriminelles Umfeld, in dem Drogen und Menschenhandel weit verbreitet sind. Das Prostituiertenschutzgesetz wird dem nun durch staatliche Regulierung und Kontrolle entgegenwirken.

Uns ist bekannt, dass die große Mehrheit der Prostituierten in Deutschland nicht wirklich freiwillig in diesem Milieu tätig ist. Dabei geht es nicht nur um strafbare Zwangsprostitution, sondern auch um soziale Abhängigkeiten. Viele Gegner des Prostituiertenschutzes sehen eine junge deutsche Studentin, die aufgeklärt und selbstbestimmt sexuelle Dienstleistungen anbietet, um sich ihren Luxus zu gönnen. Die Realität, wie sie uns Polizei und Sozialarbeiter schildern, sieht leider ganz anders aus. Unsere Gespräche mit Fachleuten und Experten haben klar und deutlich aufgezeigt, dass gerade die jungen Frauen und die Frauen aus Südosteuropa ein besonderes Schutzbedürfnis haben. Viele kommen mit falschen Vorstellungen nach Deutschland oder werden als Zimmermädchen oder Haushaltshilfe angelockt. Mit perfiden Mitteln drängen die Zuhälter die meist minderjährigen jungen Frauen dann in die Prostitution.

Gesundheitliche Beratung und Aufklärung

Das Gesetz regelt insbesondere ein neues Anmeldeverfahren für Prostituierte, Zulassungsvoraussetzungen für Bordellbetriebe, den Gesundheitsschutz, Altersgrenzen und das Verbot von entwürdigenden Praktiken. Durch das

Prostitution Schutzgesetz

Anmeldeverfahren bekommen die Prostituierten Zugang zu gesundheitlicher Beratung und Aufklärung. Dabei werden Informationen mehrsprachig angeboten und gerade die EU-Ausländerinnen bekommen Zugang zu einer Beratung. Diese Beratung dient nicht nur dem Gesundheitsschutz, sondern soll den Frauen auch Wege aus der Prostitution aufzeigen und ihnen Ansprechpartner nennen, wenn sie sich in einer Zwangslage befinden sollten. Bei den Beratungs- und Anmeldungsgesprächen werden die Prostituierten auf die Möglichkeiten und Pflichten zur Krankenversicherung hingewiesen. Gerade bei den hohen gesundheitlichen Risiken, denen die Prostituierten ausgesetzt sind, war uns dieser Punkt sehr wichtig.

Auch die strengen Genehmigungsverfahren der Bordellbetriebe tragen dazu bei, das Gewerbe sicherer zu machen. Bisher war es in Deutschland einfacher, ein Großbordell zu eröffnen als eine Pommesbude am Straßenrand. Dadurch, dass wir das Gewerbe regulieren, werden Regeln aufgestellt und es wird "Licht ins Dunkel gebracht". Bordellbetreiber und Prostitutionsstätten werden überwacht und kontrolliert. Dieser Zugang durch Behörden und Polizei öffnet jungen Frauen Wege aus der Prostitution und bietet zusätzlich Schutz und Zugang zu Informationen.

Handlungsbedarf erkennen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen

Der Erfolg des Gesetzes hängt nun aber maßgeblich von den Umsetzungen in den Bundesländern ab. Dazu gehört nicht nur, dass die Länder zusätzlich Personal einstellen und entsprechend schulen, sondern auch, dass der Geist des Gesetzes in die jeweils landesrechtlich relevanten Verwaltungsregelungen einfließt. Das heißt, dass die zuständigen Behörden der Länder auch wirklich hinschauen. Durch die Regelungen des Prostituiertenschutzgesetzes wird die aufsuchende Sozialarbeit, wie sie auch von kirchlichen Organisationen angeboten wird, gestärkt.

Landespolitiker vor Ort sollten sich weder vom Kostengericht täuschen lassen noch davon, dass etwa die Kondompflicht nicht kontrolliert werden kann. Beides wird gerne von der Bordellbetreiberlobby ins Feld geführt, trifft

aber nicht zu. Die Kondompflicht zum Beispiel ist eine Regelung, die vor allem den Prostituierten eine Handhabe liefert, schutzlosen Sex abzulehnen. Auch das Werben für solche Praktiken ist verboten. Die Kosten, die durch die Verwaltung entstehen, werden durch Steuereinnahmen kompensiert werden.

Wo von nun an genau hingeschaut wird, wird man auch die schlimmen Zustände sehen. Ich sehe die Gefahr, dass so manche Landesregierung lieber wegsieht, als Handlungsbedarf zu erkennen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Für Innen- und Sozialpolitiker in den Bundesländern heißt es daher nun, genau hinzuschauen. Sehen wir hin, wie die Landesregierungen das Prostituiertenschutzgesetz umsetzen. Nur durch konsequente Kontrolle und Beratung im Sinne des Gesetzes können wir langfristig Frauen vor Ausbeutung schützen und Kriminalität, Drogen und unmenschliche Zustände im Prostitutionsmilieu zurückdrängen.

| [Sylvia Pantel](#)
MdB, CDU-Fraktion

"Wie im Himmel, so auf Erden"

Großes Ökumenisches Fest anlässlich des Reformationsjubiläums in Bochum

Mit zahlreichen großen und kleinen Ereignissen gedenken die evangelischen Christen in diesem Jahr des Beginns der Reformation vor 500 Jahren. Dieses Reformationsjubiläum wird als "Christusfest" zum ersten Mal unter den Jahrhundertfeiern in ganz hohem Maß ökumenisch geprägt sein. Darin wird ein wirklich neuer Akzent in der 500. Erinnerung an den Reformationsbeginn bestehen.

Zu den zentralen ökumenischen Veranstaltungen wird ein großes Ökumenisches Fest gehören, zu dem die Deutsche Bischofskonferenz (DBK), die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gemeinsam am Samstag, dem 16. September 2017, nach Bochum einladen.

Gegen Ende des Jahres zum Reformationsjubiläum wollen sie unter dem Leitwort "Wie im Himmel, so auf Erden" noch einmal ein Zeichen der ökumenischen Verbundenheit setzen. Im Mittelpunkt der eintägigen Veranstaltung, zu der alle Christinnen und Christen und selbstverständlich alle Interessierten ganz herzlich eingeladen sind, wird das gemeinsame, aus dem Glauben getragene Engagement der Christen für die Gestaltung von Politik und Gesellschaft in Deutschland und der Welt stehen. In dieses Fest fließen sowohl die Traditionen der Ökumenischen Kirchentage von Berlin 2003 und München 2010, die von DEKT und ZdK veranstaltet wurden und die im Jahr 2021 in Frankfurt fortgesetzt werden sollen, als auch der

zahlreichen gesellschaftlichen Stellungnahmen der Kirchen, getragen von EKD und DBK, ein.

Zeichen setzen

Das Fest ist, eine Woche vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag, noch einmal eine Gelegenheit, ein Zeichen zu setzen für den Einsatz der Christen für eine von Toleranz, Menschenwürde und dem Streben nach Gerechtigkeit getragene Demokratie.

Das Ökumenische Fest Bochum 2017 wird am Vormittag des 16. September mit einem großen, zentralen Impuls im Ruhr-Congress eröffnet, zu dem, neben den Spitzenvertretern der Kirchen und Laienbewegungen, wie dem Essener Bischof, Franz-Josef Overbeck, und der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschuss, dem Präsidenten des ZdK, Thomas Sternberg, und der Präsidentin des DEKT, Christine aus der Au, auch Vertreter aus Gesellschaft und Politik erwartet werden, unter anderem Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Daran schließen sich Workshops zu verschiedenen gesellschaftlichen Fragen an. Die Teilnehmer sind eingeladen, an verschiedenen Orten in der Stadt Bochum weiter über Fragen der Zukunftsgestaltung in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitswelt, Klima und Umwelt, internationale soziale Gerechtigkeit, Bildung, interreligiöser Dialog, Frieden und anderen Fragen zu diskutieren.

Künstlerisch, kreativ und unterhaltsam

Nach einer Mittagspause mit gemeinsamem Mittagimbiss, vertiefen künstlerische, kreative und unterhaltsame Angebote die behandelten Themen aus anderer Perspektive.

Den Abschluss am späteren Nachmittag bildet ein großer, zentraler Ökumenischer Gottesdienst unter Leitung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und des Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Heinrich Bedford-Strohm.

Die christlichen Gemeinden aus der Region Bochum nehmen das Ökumenische Fest zum Anlass für ein umfangreiches Begleitprogramm.

Mehr Informationen zu Programm und Teilnahme finden Sie in Kürze unter: www.oekf2017.de

| **Theodor Bolzenius** |

Pressesprecher des ZdK